

## **Perspektiven für eine friedliche Welt**

*Ergänzende Ausführungen von Ueli Mäder zu seinem Vortrag vom 12.7.10*

Weltweit gehören Aus- und Weiterbildungen im Bereich Friedens- und Konfliktwissenschaften zum akademischen Angebot der Universitäten. In der Schweiz formieren sich seit 2007 entsprechende, von der Universität Basel angebotene und zertifizierte Angebote. Sie stehen im Kontext zahlreicher Friedensbemühungen, die allerdings auch schon ausgeprägter waren, als das heute der Fall ist. Hier ein Hinweis auf einzelne Bewegungen und Aktivitäten sowie deren Hintergründe.

### **Zeichen gegen den Krieg**

Kriege sind leider aktuell und beständig. Aktuell, weil weltweit Kriege unzählige Menschen bedrohen; beständig, weil sich die Geschichte auch als eine Abfolge von Kriegen lesen lässt. (Maeder et al. 2010:7) Kriege haben viele Facetten, nationalistische, ideologische, politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle, ökologische. Kriege haben auch etwas mit der Knappheit und der Privatisierung wichtiger Ressourcen zu tun. Sie entzünden sich beispielsweise im Kampf um das Öl oder um das Wasser.

Wenn Du Frieden willst, so rüste zum Krieg. Der bekannte Ausspruch schien sich zumindest während dem kalten Krieg zu bewahrheiten. Aufrüstung und Drohgebärden kennzeichneten das Verhalten der zivilisierten Blöcke. Kriege hinterliessen aber auch in dieser Zeit viel Verheerung, Elend und Tote. Die blutige Spur führte von Vietnam und den schwelenden Konflikten in Südamerika über die Bürgerkriege in Nordirland und im Baskenland bis zu den militärisch geführten Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Ethnisch begründete Vertreibungen und Hegemonieansprüche im Balkan reaktivierten den Krieg ebenfalls in Europa. Die traurigen Ereignisse trübten die Gewissheit von einer friedlichen Welt. Und mit den terroristischen Anschlägen kam ein neuer Feind auf. Er ersetzte der medial omnipräsenten Militärmaschinerie die ideologischen Gegensätze des kalten Krieges, nach dessen Ende sich die Rüstungsausgaben nur vorübergehend senkten. Heute sind sie höher denn je. Und der Krieg gegen den Terrorismus hat mehr Tote zur Folge, als der Terrorismus selbst. Somit erweisen sich grosse Hoffnungen auf das staatliche Gewaltmonopol und

internationale Vereinbarungen als trügerisch. Realistisch scheint hingegen die Vorstellung zu sein, mit Aufrüstung und präventiven Verteidigungskriegen den Frieden sichern zu können. Diese Illusion zeugt wohl von einer verkehrten Welt. Sie ist aber verbreitet und fordert die Friedensbewegung heraus.

Der Krieg gilt als Vater der Sozialwissenschaften. Thomas Hobbes fragte bereits, was eine friedliche soziale Ordnung angesichts egoistisch handelnder Naturrechtssubjekte religiös erweckter Glaubenskämpfer möglich macht. Diese Grundfragen der Sozialwissenschaften beschäftigten ihn aufgrund der Grausamkeiten religiöser Bürgerkriege. Die Kriegstreibenden wollten das Beste und brachten das Schlimmste hervor. Der Mensch erwies sich als Wolf. Hobbes postulierte deshalb den Leviathan als Herrscher und legitimierte so den Absolutismus. Die religiösen Überzeugungen verwies er auf das private Gewissen. Seine Auffassungen sind auch heute aktuell, wie Kurt Imhof (2010:44) weiter ausführt: Auch der Kampf um Werte hat wieder Auftrieb erhalten. Der Bürgerkrieg ist zurückgekehrt, obwohl man ihn schon für Geschichte hielt. Und mit dem Bürgerkrieg zieht der alte Leviathan neu legitimiert in die Moderne: Die friedens erzwingenden Interventionen von westlichen Zentrumsländern dokumentieren und reproduzieren ihn. Sie bekämpfen die so genannte Achse des Bösen und befördern den Krieg in Somalia, Afghanistan, im Irak und im Nahen Osten. Der Krieg gegen den Terrorismus ist weltweit präsent. Er bestimmt die Sicherheitspolitik der Nationalstaaten und unterläuft wichtige Grundlagen der Moderne. Fragen des Glaubens und Sinnentwürfe gelten als Privatangelegenheiten. Sie sind aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Krieg beginnt nach dieser Überzeugung, wenn gemeinschaftlich verbundene Individuen die Gesellschaft in ihrem Sinne umgestalten wollen. Das führt zu ethnischer Säuberung, zu Vertreibung und auch zum Genozid. Der Mechanismus ist am Anfang des 21. Jahrhunderts so modern wie zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Es gilt, ihn weiter zu analysieren und sich dem Krieg und der dunklen Seite der sozialen Ordnung zu stellen.

### **Kritische Friedensforschung**

Ältere Ansätze der Konfliktforschung, wie sie etwa Johan Galtung oder Dieter Senghaas vertreten, betonen strukturelle Ursachen der Gewalt. Neuere Ansätze konzentrieren sich mehr darauf, Konfliktdynamiken zu dekonstruieren. Sabine Fischer und Astrid Sahn (2005:

49ff.) beschreiben Veränderungen der normativen Grundlagen der Konfliktforschung. Nach ihrer Analyse tritt die Existenz normativer Grundlagen bei der jüngeren, systemtheoretisch orientierten Generation bei weitem nicht so explizit hervor wie bei der älteren Generation der Kritischen Friedensforschung. Während die ältere Generation vor allem für eine inhaltliche Ausgestaltung des Friedens eintritt, richtet die jüngere Generation ihre Aufmerksamkeit von diesem (als zu utopisch empfundenen) Ziel weg auf mehr pragmatische Aspekte der Gewalt. Sie entfernt sich dabei von einem Friedensbegriff im Sinne der Abwesenheit von (struktureller) Gewalt und von einer Verteilungsgerechtigkeit, die normativ aufgeladen sei. Zur Begründung dient oft ein radikal konstruktivistischer Ansatz, der den Relativismus stark betont. Während die Kritische Friedensforschung konkrete Wege der Veränderung aufzeigen will, tendiert der radikal konstruktivistische Ansatz dazu, diverse Akteure zu befähigen, sich aufgrund der Einsicht in die Bedingtheit der eigenen und fremden Wahrnehmungssysteme von festgefahrenen Positionen zu lösen (und damit auch kompromissfähiger zu werden).

Die Kritik an der Kritischen Konfliktforschung versucht, die Begriffe zu dekonstruieren (und teilweise auch von emanzipatorischen Inhalten zu lösen). Sie interessiert sich mehr für die Dynamik der Konflikte, denn für die Ursachenforschung. Strömungen der neuen Konfliktforschung wollen möglichst politisch abtinent sein und sich Werten enthalten. Sie fokussieren die personale und situative Gewalt. Damit erhöht sich die Gefahr, dass herrschaftliche Strukturen und auch das soziale Engagement aus dem Blick geraten, das laut Pierre Bourdieu (1993:903) kein Widerspruch zum wissenschaftlichen Arbeiten und zur Reflexivität zu sein braucht. Das Besondere eines Standpunktes besteht darin, ein Standpunkt in Bezug auf einen andern Standpunkt zu sein. Forschende haben ihre Standpunkte nicht als allgemein gültige Wahrheit zu betrachten, sondern immer wieder im Feld zu prüfen.

### **Globale soziale Ungleichheit**

Soziale Ungleichheiten befinden sich im Widerstreit mit der Verteilungsgerechtigkeit. Sie verschärfen soziale Spannungen, Konflikte und Kriege. Dabei gilt: Kriege führen zu Armut. Und Armut führt zu Krieg. Deshalb ist Entwicklungspolitik auch Friedenspolitik.

Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Gesellschaften dauerhaft in unterschiedlichem Ausmass über begehrte Güter verfügen – über Ansehen, Wohlstand und Macht. Zwanzig Prozent der reichsten Länder verfügen über achtzig Prozent des Welt-Brutto-Sozialprodukts. Sie verbrauchen auch achtzig Prozent der Ressourcen. Während die Weltwirtschaft wächst, nimmt auch die Armut zu. Schwere Rückschläge sind derzeit im Kampf gegen den Hunger feststellbar. Das ökonomische Wachstum erwirkt offenbar noch keinen Rückgang der Armut. Nach anfänglichen Erfolgen der Vereinten Nationen nimmt die Zahl der Unterernährten wieder zu. Über 800 Millionen Menschen leiden an Unterernährung, obwohl genügend Nahrungsmittel vorhanden sind und die Nahrungsmittelproduktion bislang während Jahrzehnten stärker zunahm als die Bevölkerung. Die Annahme von Malthus, die Nahrung wachse arithmetisch und die Bevölkerung geometrisch, trifft nicht zu. Die Engpässe der Versorgung fordern derzeit mehr Todesopfer als alle Kriege und Terroranschläge zusammen. Mit einer gerechten Verteilung des Wohlstands hapert es.

Die Klimaerwärmung lässt laut dem Weltbericht der Vereinten Nationen (2008) den Wasserspiegel bis zum Jahr 2030 um einen Meter ansteigen. Sie treibt so 300 Millionen weitere Menschen zur Migration und relativiert somit auch die zuversichtliche These von Soziologe Ulrich Beck. Er nimmt in seinem Buch über die „Risikogesellschaft“ (1986) an, dass die Menschen im Übergang zur reflexiven Moderne in der Lage seien, künftige Entwicklungen zu antizipieren und entsprechende Korrekturen einzuleiten. Wer die Umwelt schädigt, realisiere, dass die Folgen seines Handelns auf ihn zurück fallen. Die Täter würden selbst zu Opfern. Der Smog halte sich an keine nationalstaatlichen Grenzen. Das Bewusstsein, dass es fünf vor zwölf Uhr ist, verändere die Welt. Soweit die optimistische Variante. Marianne Gronemeyer vertritt eine andere Auffassung. Sie weist in ihrer Studie zur „Motivation politischen Handelns“ (1976) darauf hin, wie Bedrohungen oft zu irrationalen Handlungen und zu einer gefährlichen Flucht nach vorn führen. Vielen Menschen, die das Wasser am Hals haben oder mit dem Rücken zur Wand stehen, flüchten nach vorn oder verkriechen sich ins Schneckenhaus. Sie versuchen allenfalls die eigene Haut zu retten, sind aber kaum in der Lage, sich für übergreifende Interessen einzusetzen.

## **Armut und Krieg**

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) setzte sich in seinem Bericht „Perspektive 2015“ mit der „Armutsbekämpfung und Krisenintervention“ (Bonn 2003) sowie mit dem Zusammenhang zwischen Armut und Krieg auseinander. Der Bericht bestätigt: Armut führt zu Krieg. Und Krieg führt zu Armut. Allerdings besteht keine simple Kausalität, obwohl sich etwa Bürgerkriege ziemlich direkt und zerstörerisch auf Entwicklungsprozesse auswirken. Acht der zehn Länder mit dem niedrigsten Human Development Index und ebenfalls acht der zehn Länder mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen waren in den letzten zwanzig Jahren von Bürgerkriegen grösseren Ausmasses betroffen. Im Jahr 2002 fanden 18 der insgesamt 29 identifizierten Kriege sowie 17 der 18 bewaffneten Konflikte in Ländern statt, die ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 755 US-Dollar aufweisen. Allerdings sind auch ressourcenreiche Gebiete in ähnlichem Ausmass von (Bürger-)Kriegen betroffen. Die Abhängigkeit eines Landes von Rohstoffexporten gilt jedenfalls als zentraler Risikofaktor. Kriege werden oft ideologisch legitimiert, haben aber viel mit politischer Ökonomie und Rohstoffen wie Diamanten, Edelmetallen, Edelhölzern oder Erdöl zu tun. Das zeigen Erfahrungen in Angola, im Kongo, in Liberia, Nigeria und Sierra Leone. Es gibt allerdings Staaten wie Botswana, die ähnlich wie Angola, über viele Diamantenvorkommnisse verfügen, aber keine grösseren Konflikte haben.

Armut ist also gewiss kein einziger oder hinreichender Grund für Kriege. So nimmt beispielsweise Malawi von 173 Ländern den viertletzten Platz ein, was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft. Malawi ist aber ein relativ friedliches Land. Und auch die von der Weltbank in 161 Ländern untersuchten 78 Bürgerkriege vermitteln keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Einkommensdisparitäten bzw. den vertikalen Ungleichheiten und Kriegen. Wenn Regionen und einzelne Bevölkerungsgruppen allerdings einen sozialen Abstieg oder eine plötzliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen erfahren, erhöht sich die Disposition zur Gewalteskalation. Solche (Leidens-)Erfahrungen lassen sich beispielsweise von charismatischen Führern (entlang ethno-religiöser Trennlinien) instrumentalisieren. Aber auch das ist kein zwangsläufiger Prozess. Weitere Faktoren wie die Schwäche des Staates spielen mit. Sie führen unter anderem dazu, dass so genannte Entwicklungsländer soziale Folgen der Globalisierung weniger gut auffangen können, als reiche, institutionell gefestigte und politisch relativ stabile Industrieländer. So sinkt mit wachsendem Wohlstand tendenziell die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Bei einem

Bruttosozialprodukt (BSP) unter 500 US-Dollar pro Kopf beträgt sie rund 15%, bei einem BSP über 5000 US-Dollar liegt sie unter 3%. Die Korrelation scheint eindeutig zu sein. Insgesamt deuten aber widersprüchliche empirische Befunde darauf hin, dass sie vorsichtig zu deuten sind. Armut erhöht jedenfalls die soziale Brisanz und die Gefahr von gewalttätigen und kriegerischen Auseinandersetzungen. Sie hindert Menschen auch oft daran, sich für eigene und übergreifende Interessen einzusetzen.

## **Soziale Folgen**

Weltweite Verflechtungen kennzeichnen die Globalisierung: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie eröffnen ein sozialräumliches Gesellschaftsbild, das weder territorial, noch national gebunden ist. Rund drei Viertel der Erdoberfläche wurden während den letzten fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu sind der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt zu, der Einfluss des politischen und gesellschaftlichen Korrektivs eher ab. Soziale Verbindlichkeiten und institutionelle Kontrollen weichen sich teilweise auf. Das führt zu Verunsicherungen, die autoritäre Kräfte stärken.

Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Das relativiert die Globalisierung, die weite Bevölkerungsteile ausklammert. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken - im Vergleich - jene für Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele „Entwicklungsländer“ mit mehr Exporten weniger Erlös. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Rationalisierungsdruck und - wegen der einseitigen Verteilung - die Erwerbslosigkeit. Das wirtschaftliche Wachstum belastet auch die Umwelt. (Vereinte Nationen 2008) Ein Fünftel der Menschen verbrauchen in Industrieländern vier Fünftel der Weltenergie. Der Treibhauseffekt und die Erwärmung der Erdoberfläche lassen den Meeresspiegel ansteigen. Sie zwingen Millionen von Menschen zur Migration. Theorien der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren und nehmen an, dass der implantierte Wohlstand dann allmählich ins „Hinterland“ sickert. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. Drei Milliarden Menschen leben immer noch mit weniger als zwei Dollar pro Tag.

Mit der Verteilung hapert's. Auch bei der wirtschaftlichen Macht, die sich weiter konzentriert.

500 Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Die Aufweichung bestandener Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit der Globalisierung formieren sich somit neue fundamentalistische Strömungen, aber zum Glück auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich vernetzen und den sozialen Zusammenhalt intendieren.

Zivilgesellschaftliche Ansätze postulieren eine sozial verträgliche Globalität, die Ausgrenzung und Isolation verhindert. Der ungleiche Austausch beschert jedoch vielen „Entwicklungsregionen“ erhebliche Verluste und erhöht die soziale Ungleichheit. Die Konzentration der Wirtschaft refeudalisiert die Besitzverhältnisse. Der einseitig wirtschaftlich geprägte Globalismus gefährdet, im Unterschied zur Globalität, den sozialen Zusammenhalt. Er schwächt politische Verbindlichkeiten und stärkt autoritäre Strömungen. Die forcierte Integration in den Weltmarkt verschärft soziale Konflikte und den Ausschluss benachteiligter Regionen.

## **Perspektiven**

Das modernisierungstheoretische Credo plädiert für eine liberale Öffnung der Märkte und eine Integration der Entwicklungsregionen in den kapitalistischen Weltmarkt. Wenn Ungleiches gleich behandelt wird, bleibt es jedoch ungleich. Die machtgeprägten Terms of Trade verschärfen derzeit in wichtigen Bereichen die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Daher tendieren einzelne Länder des Südens dazu, den Weltmarkt selektiv zu nutzen und über eine gemeinsame Lobby die Konditionen des Austauschs mehr mit zu bestimmen. Den Öl produzierenden Ländern gelang das teilweise zu Beginn der 1970er-Jahre. Damals entstand auch die Konzeption einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die nicht mit der neuen,

westlich dominierten Weltordnung zu verwechseln ist. Andere Versuche alternativer Monopolbildung scheiterten aber, beispielsweise das mittelamerikanische Bananenkartell. Ein Grund lag wohl in den bereits bestehenden Monopolen multinationaler Konzerne, die, wie beim Kaffee und Kakao, den weltweiten Umsatz dominieren. Mehrere Entwicklungsregionen reagierten mit protektionistischen Massnahmen und Versuchen, die Produktionsstruktur zu diversifizieren. Sie konzentrierten sich – im Sinne der Dissoziation und Self-Reliance – auf die Entwicklung der eigenen Produktivkräfte, um dann allenfalls später, mit vergleichbaren Ellen, den Weltmarkt wieder so zu nutzen, dass er – komplementär – zum Vorteil aller Beteiligten gereicht. Diese Strategie, die keine Autarkie anstrebte, führte da und dort dazu, die Grundbedürfnisse besser zu befriedigen. Sie erwies sich als durchaus viel versprechend. Das Aufbrechen des West-Ost-Gegensatzes forcierte jedoch den Globalismus. Investitionen flossen nun zunehmend in jene Regionen, die eine maximale Kapitalverwertung und Profitmaximierung gewährten. Andere Regionen wurden unfreiwillig ganz abgekoppelt. Unter diesen Bedingungen ist es schwierig, die Not in eine Tugend zu verkehren.

Konzepte einer sozialen Globalität plädieren, im Gegensatz zum wirtschaftlichen Globalismus, für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) genügte den „Entwicklungsländern“ die Hälfte des Mehrerlöses, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmequoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht.

Während der einseitig wirtschaftlich orientierte Globalismus borniert provinzialistische Kräfte stärkt, strebt die Globalität, wie einst skandiert („Hoch die internationale Solidarität!“), den sozialen, kulturellen und politischen Ausgleich an, der auch übergreifend regionale Zusammenschlüsse unterstützt. Verbindliche Vereinbarungen im Sinne einer Anpassung der Preise für Primärgüter und Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter könnten wesentlich dazu beitragen. Ein Einwand lautet, solche Massnahmen würden vornehmlich die Eliten in südlichen Ländern bereichern. Das Argument dient als Alibi, um keine gerechteren Preise für den Kaffee bezahlen zu müssen. Ich halte dafür, den

dependenztheoretischen Ansatz zu verteidigen und einseitige Abhängigkeiten zu mindern. Ohne internationale Vereinbarungen im Sinne der Menschenrechte und des Rechts auf Existenzsicherung nehmen die soziale Not und Spannungen weiter zu.

### **Weitere Alternativen**

Kriege der Gegenwart verlagern sich von klassischen, nationalistisch motivierten Grenzkonflikten in die Zentren der Zivilgesellschaft. Direkt betroffen ist die Zivilbevölkerung. Sie leidet unter terroristischen Anschlägen und unter dem „Kampf gegen den Terrorismus“, der mehr Tote verursacht als der Terrorismus selbst. Die Bevölkerung leidet auch unter der Verknappung elementarer Energievorräte und Ressourcen. Als überaus problematisch erweisen sich nach dem peak oil die Versuche, das Wasser zu privatisieren und zu monopolisieren. Sie verschärfen gesellschaftliche Gegensätze und die soziale Brisanz. Betroffene reagieren verunsichert und empört. Öfters richtet sich ihre Wut gegen weitere Benachteiligte. Jedenfalls gehören soziale Gegensätze und Konflikte zu den grossen Herausforderungen der Zivilgesellschaft. Sie stellen eine Form der vernachlässigten strukturellen Gewalt dar, machen sich vermehrt auch in westlichen Industrieländern bemerkbar und lassen uns fragen, wie die Zivilgesellschaft auf diese Konflikte reagieren kann.

Zivile Konfliktbearbeitung versteht sich als Alternative zur militärischen und primär staatlichen Intervention. Sie stützt sich mit ihren Aktivitäten auf interne zivilgesellschaftliche, aber auch auf öffentlich-rechtliche und internationale Einrichtungen ab. Soweit ein Verständnis, das die zivile Konfliktbewältigung weder auf zivile Träger, noch auf die Innenpolitik reduziert. Es gewinnt derzeit an Bedeutung. Das ist auch deshalb der Fall und notwendig, weil sich politische und gesellschaftliche Korrektive zur Kriegsproduktion aufweichen und autoritäre Kräften das Feld überlassen.

Das Primat ziviler Konfliktbearbeitung ist im Völkerrecht verankert. Es fusst auf der Grundlage der Menschenrechte und strebt eine partizipative Demokratie an. Die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch einen offenen Charakter und durch klar säkularisierte Grundlagen der Politik aus. Die Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind zentral. Sie manifestieren sich in gesellschaftlichen Protesten und sozialen Bewegungen, die eine

Autonomie gegenüber staatlichen Einrichtungen postulieren. Die Zivilgesellschaft hat verschiedene Stränge. Ältere Staatstheorien thematisierten die Frage der „civil society“ bereits im 17. Jahrhundert. John Locke leitete damals gesellschaftliche Institutionen und Integrationsformen aus den Bedürfnissen der Individuen ab. In der zweiten Hälfte des 20. Jh. engagierte sich im ehemaligen Ostblock die Bürgerinnen- und Rechtsbewegung dafür, die Zivilgesellschaft zu stärken. Soziale Bewegungen setzten sich während den siebziger Jahren auch in westlichen Industrieländern vermehrt für den Schutz ziviler Einrichtungen ein. Heute beeinflusst die Frage nach dem Rückzug des Staates die Debatten über die Zivilgesellschaft. Die Reaktivierung des Zivilen soll gesellschaftliche Aufgaben neu verteilen, den sozialen Zusammenhalt festigen und Konflikte mit zivilen Mitteln bewältigen. Dabei besteht aber auch die Gefahr, den Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu legitimieren.

Die Zivilgesellschaft steht in einer Tradition der Solidarität. Sie geht von sozialen Bewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften und gemeinnützigen Organisationen aus. Im Vordergrund stehen selbstorganisierte Aktivitäten ausserhalb der Staats- und Marktsphäre. Die Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und Staat gilt als Kennzeichen der Moderne. Anthony Giddens (1997, S. 187) kritisiert diese Trennung. Seiner Auffassung nach ist „die Zivilgesellschaft nie bloss eine Reihe von Einrichtungen ausserhalb des Staates gewesen“. Der Staat ist kein Selbstzweck. Er umfasst zahlreiche gesellschaftliche Institutionen und nimmt - auch über die Unterstützung ziviler Einrichtungen - Funktionen wahr, die von öffentlichem Interesse sind. Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sind ein wichtiges Instrument einer demokratischen Bewegung. Sie machen Probleme sichtbar, ziehen Mächtige zur Verantwortung und weiten die öffentliche Entscheidungsfindung aus.

## **Friedenspolitik**

Wer ein Problem bewältigen will, muss zunächst versuchen, die Ursachen der Ursachen zu ergründen. So dokumentieren heute die Finanz- und Wirtschaftskrise das Gewinn- und Konkurrenzdenken, die Marktgläubigkeit und die Diffamierung des öffentlich-rechtlichen Korrektivs. Die Finanzkrise ist auch eine System-, Orientierungs- und Sinnkrise. Sie lässt soziale Konflikte eskalieren. Die Zivilgesellschaft muss indes die Krise als Aufhänger nehmen, um wieder mehr nach dem Sinn gängiger Wirtschaftspolitik zu fragen. Schneller ist nicht immer besser. Und die permanente Optimierung der Effizienz erweist sich oft als

bürokratischer Leerlauf und unproduktiver Stress. Die Zivilgesellschaft muss vor allem auch mit sozialen Strategien auf soziale Ursachen antworten, die sich hinter der Wirtschaftskrise verbergen. Sie muss Friedenspolitik als strukturelle Entwicklungs- und Sozialpolitik betreiben und soziale Gerechtigkeit einfordern. Solidarität in der Globalität verlangt den globalen sozialen Ausgleich. Sie verlangt von uns Privilegierten auch die Bereitschaft, faire und gerechte Preise zu bezahlen. Zum Beispiel für den Kaffee. Wenn die Preise für die industriellen Produkte steigen, die wir exportieren, dann sollte das auch bei den Rohstoffen und Primärgütern der Fall sein, die wir importieren. Mittlerweile erzielen aber viele Länder des Südens mit höheren Ausfuhren weniger Erlös. Mehr Leistung macht sich für sie nicht bezahlt. Was sie deprimiert, korrumpiert uns. Die Zivilgesellschaft hat sich daher unabdingbar mit Prozessen der Machtkonzentration auseinander.

Was zivilgesellschaftliches Engagement kennzeichnet, drückt Bertold Brecht (1971) in seiner Geschichte „Weise am Weisen ist die Haltung“ symbolisch aus. Zu Herrn Keuner kam, frei nach erzählt, ein Gelehrter und erzählte ihm von seiner Weisheit. Nach einer Weile unterbrach ihn Herr Keuner: „Du sitzt unbequem“, sagte er. Der Gelehrte erwiderte zornig: „Nicht über mich wollte ich etwas wissen, sondern über das, was ich Dir eben vermittelte.“ - „Es hat keinen Inhalt“, entgegnete ihm Herr Keuner. „Du redest dunkel und es ist keine Helle, die du schaffst. Sehend deine Haltung, interessiert mich dein Ziel nicht.“ Ja, Zivilcourage hat etwas mit dem aufrechten Gang zu tun. Diese Haltung verlangt, dass Wort und Tat übereinstimmen und wir auch bereit sind, uns zu exponieren. Zur Haltung gehört also auch Mut. Damit wir dabei nicht mit wehenden Fahnen untergehen, ist auch etwas Pragmatismus nötig. Aber bitte nicht zu viel. Bertold Brecht (1969) beschreibt in den Wendungen von Me-ti, wie dieser Sozialphilosoph seinen Freund Antse verteidigte. Die Studierenden kritisierten nämlich ihren Mathematiklehrer, weil er im Alter nur noch einfache Aufgaben zu lösen vermochte. „Wer über einen grossen Fluss muss“, erklärte Me-ti, „sucht am besten eine seichte Stelle aus. Er schmeisst sich nicht dort ins Wasser, wo es am tiefsten ist und der Fluss am meisten reisst.“ Statt fremde Erwartungen zu erfüllen, schont der zivilcouragierte Pragmatismus seine eigene Kraft. Wir müssen nicht alles tun, was wir tun können. Wir können uns auch verweigern und dem gängigen Muster von Sieg und Niederlage entziehen. Die Frage „Was verliere ich, wenn ich nicht gewinne?“ kontrastiert die Sozialisation, die uns von Kindesalter an lehrt, wie wir von den Schwächen anderer profitieren können. Das zivilgesellschaftliche Engagement versucht, diesen Mechanismus zu

durchbrechen, der die Solidarität unterläuft. Das zivilgesellschaftliche Engagement versucht auch, die mutige Haltung und Weigerung miteinander zu verbinden; ebenso die gründliche Analyse mit dem offensiven Handeln. Die Zivilgesellschaft muss sich gegenüber dominanten Wirtschaftsmächten und etablierter Politik als starke Kraft offensiv einbringen. Sie kann sich dabei an einem Graffiti der Jugendbewegung orientieren: „Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.“

## Quellen

Altwater, Elmar (2006), Die Zivilisierung des Kapitalismus?, in: Senghaas, 15-33.

Beck Ulrich (1986), Risikogesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt a.M..

Bergman, Max; Imbusch, Peter; Mäder, Ueli; Nollert, Michael (2009), Neue Kriege, Sonderausgabe der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie, Heft 2, Seismo, Zürich.

Bourdieu, Pierre (1993), Comprendre, in: La Misère du monde, Seuil, Paris 1993, 903-939.

Brecht, Bertold (1971), Geschichten vom Herrn Keuner, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Bertold, Brecht (1969), Me-ti. Buch der Wendungen, Suhrkamp, Frankfurt a.M..

Fischer, Sabine; Sahm, Astrid (2005), Friedensforschung und Normativität: Positionen der jüngeren Generationen, in: Egbert, Jahn, et al., Die Zukunft des Friedens, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 49-73.

Galtung Johan (1975), Strukturelle Gewalt, Rowohlt, Reinbek.

Giddens, Anthony (1997), Jenseits von Links und Rechts, Suhrkamp, Frankfurt a.M..

Gronemeyer, Marianne (1976), Motivation und politisches Handeln, Hoffmann & Campe, Frankfurt.

Maeder, Christoph; Mäder, Ueli; Schilliger, Sarah (2009), Krieg, Seismo, Zürich.

Mäder, Ueli; Jey Aratnam, Ganga; Schilliger, Sarah (2010), Wie Reiche denken und lenken, Rotpunktverlag, Zürich.

Mäder, Ueli (2009), Globale soziale Ungleichheit versus Verteilungsgerechtigkeit. Zur Interdependenz von Armut und Krieg, in: Österreichisches Studienzentrum, 91-104.

Mäder, Ueli (2003), Zivilgesellschaft, in: Carigiet, Erwin; Mäder, Ueli; Bonvin, Jean-Michel; Wörterbuch der Sozialpolitik, Rotpunktverlag, Zürich, 366-367.

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (2009), Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? LIT Verlag, Wien.

Paffenholz, Thania / Spurk, Christoph (2006), Frieden schaffen ohne Waffen: Der Beitrag der Zivilgesellschaft, in: UniPress 129, Bern, S. 16-17.

Ruf, Werner (2009), Armut – Reichtum – Krieg, in: Österreichisches Studienzentrum, 119-134.

Senghaas, Dieter (Hg.) (2006), Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert, LIT Verlag, Wien.

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (2003), Perspektiven 2015, Armutsbekämpfung und Krisenintervention, Bonn.

Vereinte Nationen (2008), Weltbericht, Bonn.

Weller, Christoph (2007), Zivile Konfliktbearbeitung, Aktuelle Forschungsergebnisse, INEF-Report 85.

*Autor:* Ueli Mäder ist hauptamtlicher Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel und Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit. Er leitet das Institut für Soziologie (im Team) und das Nachdiplomstudium Konfliktanalysen und Konfliktbewältigung.

*Anschrift:* Prof. Dr. Ueli Mäder, Institut für Soziologie, Petersgraben 27, CH-4051 Basel, 0041/(0)61/267.28.17, [ueli.maeder@unibas.ch](mailto:ueli.maeder@unibas.ch)